

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Nachschlag monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Kreuzband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interessante Lesarten die 40 Pf. Sonntagsausgabe oder deren Raum 80 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Erziehungszuschlag 10 Pf. Familien- und Versammlungsanzeigen 10 Pf. der Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Spiel mit der Ablehnung.

„Irrsinn.“

In einem Artikel des Hrn. Saas im „Berl. Tagebl.“ steht es: „Es gibt für Deutschland nur eine Rettung: den Frieden, wenn er nicht in seinen Grundlagen geändert wird, ablehnen! Komme, was kommen mag! Es ist ein Irrsinn, an die Folgen zu denken.“

Wir meinen, es ist ein Irrsinn, an die Folgen nicht zu denken. Und es ist ganz verantwortungslos, eine Politik zu empfehlen, über die man nicht einmal nachzudenken wagen kann.

Unverantwortlich ist auch das Treiben der alldeutschen Heber, der Schuldigen und Verantwortlichen für den Niederbruch. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ lehnt sich schon nach der „heroischen Tat“ und die schwerindustrielle „Post“ verkündet bereits der Entente, daß sie die Perreihung der Ketten „vom schlagenden Schwert deutscher Kraft und Empörung“ erwarte. Sie sind die Willen geblieben. Aber wird sich das deutsche Volk noch einmal durch die nationalpolitischen Heber in eine Katastrophe treiben lassen?

Die englischen Arbeiter protestieren.

London, 8. Mai (Reuter).

Ein Manifest der Arbeiterpartei erklärt, daß Teile des Friedensvertrages den Wünschen der Arbeiter widersprechen. Es wird Berücksichtigung der Interessen der deutschen Arbeiter bei Einleitung von Entschädigungen, eine Einschränkung der Kriegserträge, Vollbeschäftigung, Lohnsteigerungen, Malmehy und anderen Gebieten an der belgischen Grenze gefordert.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Der Waffenstillstand ist auf bestimmte Versprechen und Verpflichtungen hin abgeschlossen worden. Keines der Versprechen ist gehalten worden. Dadurch haben die Sieger sich entehrt, und was ist ein Sieg ohne Ehre! Wilson ist geschlagen. Er begann mit der Verkündung hoher Ideale. Er zwang andere Mächte, diese Ideale öffentlich anzunehmen, aber im geheimen ist er geschlagen worden. Er hat in den Hauptpunkten einen Vergleich geschlossen. Wir hatten unser Vertrauen in Wilson gesetzt, wir haben ihn getäuscht. Wir wissen nicht, welche Gründe er gehabt hat, um von offenen Verträgen, die öffentlich geschlossen wurden, abzugehen und an ihrer Stelle die dunkle Geheimnisse in Paris zu bevorzugen. Was wir wissen, ist, daß von dem Augenblick an, wo er den ersten seiner 14 Punkte stellen ließ, er alles versagte. An vielen Orten, wo nach seinen Grundsatzen eine Volksabstimmung hätte stattfinden müssen, wird keine Volksabstimmung zugelassen oder sie wird hinausgeschoben. In Deutschland wird der Militarismus beseitigt, in allen anderen Ländern läßt man ihn aber bestehen. Das alte Gezeu mit den strategischen Grenzen und militärischen Bürgschaften beginnt wieder. Die stärksten und reichsten Mächte kommen aus dem Kriege härter und reicher als je, die kleinen Nationen werden unterdrückt oder ignoriert.

Terror in München.

Das Schicksal der Führer der Münchener Räterepublik.

T. U. München, 8. Mai.

Über das Schicksal der Führer der Räterepublik sind noch immer die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Es kann als sicher angenommen werden, daß Toller weder in Haft behalten, noch in München handrechtlich erschossen worden sei. Er hat sich offenbar wie Lemien und Levine-Rissen in Sicherheit bringen können. Doggen ist der Kommunistenführer Sontheimer, der verhaftet worden war, noch einem Fluchtversuch erschossen worden. Unter den handrechtlich Erschossenen befindet sich auch ein ehemaliger Oberleutnant des 15. Infanterieregiments, Furtie, ehemaliger Stadtkommandant von Niebisch. Bongrat hat ebenfalls das Schicksal erlitten. In seinem Besitz befinden sich noch mehrere Postbefehle für Geiseln. Der Kommunist Schumann, der zu den Beratern des sozialistischen Ministers Dr. Neutath gehörte und von dem der Entwurf zur Sozialisierung der Presse herkam, ist von Bayern entlassen worden. Der Fall des münchener Journalisten Peter Bohmer erregt lebhaftes Aufsehen. Bohmer hatte sich den Kommunisten angeschlossen, sich aber in der letzten Versammlung der

Betriebsräte, in der er die ersten Mitteilungen von der Erschießung der Geiseln erfuhr, gegen den Terror in aller Entschiedenheit gewandt. Er wurde verhaftet und beim Transport erschossen, angeblich, weil er sich zur Wehr gesetzt habe. Dabei ist Bohmer Kriegstunlik und so gelähmt, daß er am Stab gehen muß und sich im Stehen kaum aufrecht erhalten kann.

Beruhigungsmahnahmen.

T. U. München, 8. Mai.

Da die Erregung der Bevölkerung über die Schreckenstakt am Karolinenplatz anhält, haben die bayerische Volkspartei, die demokratische Partei, die nationalliberale Partei und der Bürgererrat eine dringende Bitte an das Oberkommando gerichtet, zur Beruhigung der Bevölkerung den Wortlaut des Befehls zu plattifizieren, wonach jeder Soldat als Räuber erschossen wird, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt.

T. U. München, 8. Mai.

Mahnahmen zur Enthaltung unschuldig Verhafteter sind, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, im Gange. Die sozialdemokratische Partei hat eine Gerichtskommission eingesetzt, die mit den amtlichen Stellen in Bezug auf Enthaltungsfällen zusammenarbeitet.

Die militärischen Opfer.

München, 8. Mai.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Generalkommando Ober gibt über die Verluste aus den letzten Kampfzügen in München folgendes bekannt: Gesamtverluste bis 8. Mai 1919: Offiziere tot 8, verwundet 20, Mannschaften tot 50, verwundet 144, vermißt 10.

Wann wird die Zahl der getöteten Zivilisten bekanntgegeben werden.

Die kommenden Steuervorlagen.

Wie eine hiesige politische Korrespondenz erfährt, werden in nächster Zeit die jetzt fertiggestellten Reichsteuervorlagen veröffentlicht werden und der Nationalversammlung in Räte gehen. Zu den zur Veröffentlichung gelangenden Entwürfen gehören die beiden umgearbeiteten Kriegsteuergesetze, Entwurf der Erbschaftsteuervorlage mit Nachlasssteuer und Schenkungssteuer, die Tabak- und Zuckersteuer, ein Entwurf über Besteuerung von Devisenmitteln und Zündhölzern, eine Grundbesitzabgabe sowie ein Abgabensteuereckentwurf. Die Vorlage über eine Reichszinkommentsteuer soll sich unter den zu veröffentlichen Entwürfen noch nicht befinden.

Auch diese Mitteilung offenbart den kapitalistischen Charakter der zu erwartenden Steuervorlagen. Während der Versuch von wichtigen Lebensmitteln, deren Preishöhe ohnedies die Massen ungemessen belastet, besteuert werden soll, liegt man nichts von der Besteuerung der Vermögen, und auch die Reichseinkommensteuer wird auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben.

Die Vorgänge in Halberstadt.

Anscheinend im „höheren“ Auftrage erklären die S. P. R. daß unsere Darstellung über die Vorgänge in Halberstadt „wichtig“ seien. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß unsere Darstellung auf den Angaben des rechtssozialistischen „Halberstädter Tageblatts“ beruht. Wir haben ferner einen Auszug veröffentlicht aus dem Aufruf, der gemeinsam von den Parteileitungen der S. P. D., der U. S. P. D. und dem Gewerkschaftsverband erlassen worden ist. Wenn demgegenüber von wäutig entstellter Berichterstattung gesprochen wird, so zeigt sich auch hierin, wie der Gegensatz auch der rechtssozialistischen Massen zu ihren Führern immer größer wird.

Auch die Magdeburger „Volksstimme“, das Organ der Rechtssozialisten, nimmt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Aus aber Schluss!“ Stellung zu den Ereignissen in Halberstadt. Sie bringt Berichte von rechtssozialistischen Augenzeugen, die Wort für Wort unsere Berichte bestätigen, und sie sagt dann: „So, wie sich die Dinge entwickeln, wächst der Militarismus der Regierung über den Kopf. Unter der Firma „Regierungsgruppen“ sammelt sich schließlich allerhand Junkertum aus allen Zeiten, das nichts weniger beabsichtigt, als die Republik zu stützen. Wollen wir aus dieser Gefahr herauskommen und die republikanischen Einrichtungen schützen, dann muß bald mit dem freiwilligen System aufgeräumt werden.“

Unsere Friedensparole.

Die Presse hallt wider von wütendem Geschrei über die Friedensbedingungen der Entente. Mit den stärksten Superlativen wird der „Gewaltfrieden“, der „Schmachfrieden“ gebrandmarkt. Niemals, so wird verkündet, wurde einem Volke ein solch drückendes Joch auferlegt. Nicht einmal nach dem Dreißigjährigen Kriege sei Deutschland so beraubt und verstümmelt worden.

Diese Behauptungen bringen die große Gefahr mit sich, die nationalen Leidenschaften so aufzureißen, daß alle ruhige Überlegung verloren geht. Es soll dargelegt werden, daß das deutsche Volk eher bereit sei, unterzugehen, als in einen solchen Frieden, wie ihn die Entente bietet, zu willigen.

Auch wir empfinden, zusammen mit dem gesamten deutschen Proletariat, die äußerste Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen. Wir lehnen uns leidenschaftlich auf gegen den Gedanken, daß der Krieg in einer Weise liquidiert werden soll, die neue Brandherde in Europa anlegt und unzählige Keime für neue Kriege ausstreut. Aber wir glauben nicht, daß die Methode, die jetzt zum Kampf gegen die von der Entente gestellten Friedensbedingungen angewandt wird, Zweck und Vernunft hat. Es ist dieselbe Methode der „nationalen Einigung“ mit Hilfe der Aufspaltung der nationalen Instinkte, die uns bereits sozial Unheil, sozial Enttäuschungen gebracht hat. Wir wundern uns nicht, daß die Heimkrieger der bürgerlichen Presse diese Methode anwenden, denn sie stehen mit allen ihren Anschauungen noch vollständig drin in dem Sumpf des vorrevolutionären Deutschlands. Aber wenn auch verantwortliche Regierungsmänner zu denselben Mitteln greifen, so beweisen sie nur erneut, daß ihnen auch jetzt der 4. August tiefer im Bute steht als der 9. November.

Die mächtigste Einsicht müßte ihnen in diesem Augenblick zeigen, daß sie mit einer solchen Methode außenpolitisch nichts erreichen und innenpolitisch bloß die Geschäfte ihrer erbittertesten Gegner beorgen. Das Phantom der „nationalen Einigung“, dem unsere Rechtssozialisten in den langen Kriegsjahren die Interessen des Proletariats geopfert haben, wird auch jetzt im Winde zerflattern, sobald es in Kollision gerät mit den realen Interessen der besitzenden Klassen, die jetzt nur nach einem schützenden Mantel suchen, um sich der Verantwortung für das von ihnen herausgeschworene Unheil zu entziehen. Weichen aber wird die nationale Erregung, der Rückfall in die Gedankengänge des 4. August, der letzten Endes nur der gegenrevolutionären Bewegung zugute kommen wird.

Was jetzt not tut, ist die Einischung des Friedensproblems unter dem Gesichtspunkte der revolutionären Entwicklung Deutschlands und der sozialen Interessen der arbeitenden Massen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist der schärfste Protest gegen alle jene Punkte des Friedensvertrages geboten, die mit unserer Parole „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker“ in Widerspruch stehen. Diese Parole hat unseren Kampf geleitet, als Deutschland siegreich war und anderen Völkern seine Bedingungen aufzuzwingen suchte. Sie bleibt auch heute für uns richtunggebend, nachdem das stolze Gebäude der deutschen Machtpolitik zusammengebrochen ist und der deutsche Militarismus sich abnehmend dem starken Gegner unterwerfen mußte.

Führend auf dieser Parole, die das internationale Proletariat sich zu eigen gemacht, erhebt heute die deutsche Arbeiterklasse ihre Stimme gegen das System der Gewalt, das in dem Friedensvertrag der Entente zum Durchbruch gelangt ist und den angeklügeltsten Willen Frieden an wichtigen Punkten in sein Gegenteil umgewandelt hat. Der Protest der deutschen Arbeiterklasse gegen diesen Frieden hat nichts gemein mit jenen unterfertigten Protesten, von denen die bürgerliche Presse widerhallt. Das sozialistische Proletariat Deutschlands lehnt jede Gemeinschaft mit jenen Klassen und Parteien ab, die ihre Mittelschicht am Kriege und an den ungezählten Verbrechen der deutschen Kriegsführung zu verderben suchen unter der Maske des „Rechtsfriedens“, ohne auch jetzt noch den ernsten Willen zu zeigen, die Grundlagen des Militarismus und Imperialismus preiszugeben. Nach wie vor steht das sozialistische

Proletariat Deutschlands große Aufgaben im eigenen Lande vor sich, um den Herd militärischer Verleumdung zu beseitigen und die Grundlagen für den sozialistischen Volksstaat aufzurichten. Aber weil es sich auf den Boden dieses Kampfes gestellt hat, muß es seinen Protest einem Frieden entgegenlegen, der die wirtschaftliche Verelendung des Landes, seine nationale Kränklichkeit, seine soziale Rückständigkeit, seine politische Reaktion im Gefolge haben müßte.

Niemand erkennt so klar wie wir die Notwendigkeit der Reue der nationalen Fragen in den von Polen, Dänen und Slaw-Lothringern bewohnten Grenzgebieten im Sinne des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker an; niemand von uns bestritt auch die Notwendigkeit der Wiedergutmachung der Schäden, die Deutschland in den vom Kriege verwüsteten Gebieten angerichtet hat. Wir können es aber im Interesse des künftigen Weltfriedens und der sozialen Entwicklung aller Völker Europas unmöglich gutheißen, daß die nationalen Fragen Deutschlands nicht auf dem Wege der freien Selbstbestimmung, sondern nach dem Diktat der Sieger unter dem Gesichtspunkt militärisch-strategischer Sicherungen und unter Mißachtung der Interessen kompakter Massen der deutschen Bevölkerung geregelt werden. Eine solche Regelung kann nur zur Balkanisierung Mitteleuropas führen und eine Reihe neuer Brandherde schaffen. Weder die verheerende Annexion des Saarbeckens, noch die Losreißung Oberkloßens und großer Teile Westpreußens mit überwiegend deutscher Bevölkerung, noch schließlich die Loslösung und Poliarisierung Ostpreußens vom Reich können dem Frieden und der Völkerverständigung förderlich sein. Die Drahtenlaas, die hier ausgebreitet wird, kann nur neuen Haß, neue Feindschaften, neue Kriegsgefahren gebären.

Und ebenso wie mit der Regelung der Gebietsfragen steht es mit den ungeheuren Lasten, die die Sieger dem deutschen Volke auferlegen wollen. Sie geben in ihrem Umfange weit über die „Wiedergutmachung“ hinaus, deren Berechtigung wir anerkennen, und stellen teilweise nichts anderes als verheerende Kontributionen dar. Werden sie uns aufzuerlegen, so ist die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auf Jahrzehnte gehemmt und damit der Boden zertrümmert, auf dem allein die sozialistische Umgestaltung Deutschlands vor sich gehen kann.

Wir vergessen keinen Augenblick, daß dieses Ziel den Staatsmännern der Entente keineswegs verlockend erscheint. Sie fürchten den deutschen Sozialismus vielleicht noch mehr wie die deutschen Militaristen. Ob sie aber damit nicht ihre eigenen kapitalistischen Spekulationen zunichte machen, mag dahingestellt bleiben.

Für uns, die wir auch die weitere Entwicklung der Friedensfrage unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Entwicklung Europas betrachten, unterliegt es keinem Zweifel, daß das von den Staatsmännern der Entente formulierte Friedensdokument nur ein Provisorium ist, das alle Mängel, alle Unvollkommenheiten, alle Sünden des hinter ihren Schöpfern stehenden Systems der kapitalistischen Weltpolitik widerspiegelt. Nach jahmonatigen Mühen ist dieser Vorkampf zur Welt gekommen. Aber der leidenden Menschheit bringt er nicht die verheißene Erlösung. Er offenbart lediglich die Unfähigkeit der regierenden Staatsmänner, die von ihnen proklamierten Ziele des Friedens und der Gerechtigkeit in die Wirklichkeit umzusetzen und die Grundlage zu schaffen für den Neuaufbau der verwüsteten Welt.

Diese Erkenntnis, die das deutsche Proletariat in dem Feuer der Revolution gewonnen hat, muß schließlich auch die Köpfe und Herzen der Proletarier der „hegemonischen“ Länder ergreifen. Denn der Sieg haben lediglich die besitzenden Klassen dieser Länder davongetragen, sie werden die Profite einstreichen, den Arbeitern dagegen werden die Leiden und Entbehrungen bleiben, die bei der Liquidation des Krieges auch dort unvermeidlich sind.

In der sicheren Erwartung dieses revolutionären Aufklärungsprozesses sehen wir ruhigen Blickes der Zukunft entgegen. Die Welt wird nicht so bleiben, wie sie die Diplomaten in Versailles jetzt zusammenbestellen. Ueberall werden die schöpferischen Kräfte aus der Tiefe ans Licht dringen, Ueberall werden auch die ehernen Gesetze der Geschichte und Wirtschaftsgeographie zur Geltung kommen, die stärker sind

als die Kunstleiten der imperialistischen Menschenhändler am politischen Schachbrett.

In Rußland haben diese Gesetze alle Spekulationen der deutschen Völkerhändler über den Haufen geworfen und den früheren Einheitsstaat wieder hergestellt. Sie werden auch die auf die Herbeiführung Deutschlands gerichteten Pläne zunichte machen, und dies desto schneller, je energischer das deutsche Proletariat an seinen sozialistischen Zielen festhalten wird.

Der Friedensvertrag.

Die militärischen Bedingungen.

Die deutsche Armee darf nicht mehr als sieben Infanterie- und drei an Artillerie umfassende in g f m d s deutsche Heer nicht mehr als 100.000 Mann stark sein, darunter höchstens 4000 Offiziere. Der große Generalstab muß aufgelöst werden. Die Zahl der deutschen Staatsbeamten für Zölle, Postämter und Küstenschutz darf nicht mehr betragen als im Jahre 1913. Gendarmerie und Polizei dürfen nur in einem der Verleumdungsgunahme seit 1913 entsprechendem Maße erhöht werden.

Kriegsmaterial darf nur in Fabriken hergestellt werden, die von den Alliierten angegeben worden. Die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft. Dafür die Freiwilligenstellung für zwölf Jahre für Unteroffiziere und Mannschaften, für 25 Jahre für die Offiziere eingeführt. Unterrichtsanstalten und Vereinigungen aller Art ist verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen. Deutschland darf keine Militärmission ins Ausland schicken und muß verhindern, daß seine Staatsangehörigen sich in fremde Heere, Flotten und Luftflotten anwerben lassen.

Die deutsche Kriegsmarine darf sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages nicht mehr als 6 Kanonen, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer, 12 Torpedoboote, dagegen kein ein- oder zweigeschossiges Unterseeboot mehr umfassen. Die Mannschaftenbestände dürfen einschließlich der Offiziere 15.000 Mann nicht übersteigen, die durch freiwillige Werbung rekrutiert werden müssen. Alle weiteren Ueberwasserkriegsschiffe, alle Unterseeboote, Zerstörer, Docks werden den Alliierten und alliierten Regierungen von Deutschland ausgeliefert. Im Bau befindliche Schiffe werden zerlegt, Hilfskreuzer, Hilfskreuzer werden entlassen und wie Handelsschiffe behandelt. Deutschland darf keine neuen Kriegsschiffe bauen oder erwerben, die nicht zum Ersatz der den Deutschen belassenen Einheiten dienen. Bau und Erwerbung von neuen Unterseebooten, selbst von Handels- und Booten, ist Deutschland verboten. Zur Sicherstellung der völlig freien Zufahrt zur Ostsee für alle Nationen darf Deutschland keinerlei Stellung nach Artillerie auf dem Schiffsfahrwege zwischen Ostsee und Ostsee installieren. Die dort befindlichen Festungen müssen geschleift, die Geschütze fortgeschafft werden. Deutschland darf keine Küstenverteidigung weder verstärken noch ihre Bewachung verändern. Drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages dürfen die Kunstsprachstationen Rauen, Hannover und Berlin nur Handelsstationen sein. Programme unter Kontrolle der Alliierten absenden, Deutschland darf keine neuen Stationen bauen.

Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen.

Die den eigenen Staatsangehörigen, so muß auch allen andern Angehörigen auf Dampfern, Schiffen, die von oder nach irgendeinem alliierten Staate gehen, der freie Durchgang und die völlige gleiche Behandlung gewährt werden. Durchgangswegen sind frei von Einfuhrzöllen. Die freien Gebiete in den deutschen Häfen müssen allen Nationalitäten zur Verfügung stehen. Die Elbe, die Oder, der Dnieper, die Donau werden internationalisiert, innerhalb dreier Monate muß Deutschland einen Teil seiner Flugschiffe einliefern. Die frühere Donaukommunikation wieder in ihre ehemaligen Rechte, sie wird aber nur noch von England, Frankreich, Japan und Rumänien gebildet. Eine internationale Kommission verwaltet die obere Donau, ebenso den Donau-Rheinkanal, wenn er innerhalb 25 Jahren gegraben wird. Frankreich darf das Wasser des Rheins für Kanäle und für industrielle Zwecke benutzen, dafür zahlt es eine bestimmte noch festzusetzende Summe. Die Schweiz erhält ein ähnliches Recht. Deutschland muß sich an dem Bau eines Kanals zwischen Rhein und Mars beteiligen. Der tschechoslowakischen Regierung sind Zehnjährige in den Häfen von Hamburg und Swetin als Freizone anzuschließen.

Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands.

Außerhalb seiner Grenzen von Europa muß Deutschland auf alle Rechte und Titel verzichten. Der Besitz an Kolonien geht an die Alliierten über. Deutschland verzichtet auf alle Rechte aus den Verträgen mit Frankreich über

Äquatorial-Afrika. In China muß Deutschland auf alle Privilegien verzichten, die vom Sommer 1901 herkommen. Alles öffentliche Eigentum in den deutschen Konzessionen und Abzweigungen in China wird der chinesischen Regierung überlassen, mit Ausnahme der Gebäude und Wohnungen für Diplomaten der Konjunkt.

Die astronomischen Instrumente aus dem Jahre 1900 und 1901 müssen zurückgegeben werden.

Andere Bedingungen.

Deutschland muß jährlich während zehn Jahre Frankreich mit Kohlen beliefern in einem Quantum, das dem Unterschied zwischen der jährlichen Produktion der Bergwerke des Departements Nord und Pas-de-Calais vor dem Krieg und während der kommenden zehn Jahre gleichkommt. Weiter soll Deutschland, wenn dies notwendig ist, die Verpflichtung übernehmen, außer diesem Quantum Kohle zehn Jahre hindurch an Frankreich noch sieben Millionen Tonnen, an Belgien acht Millionen Tonnen und an Italien 4½ Millionen Tonnen zu liefern, und zwar zu Preisen, die in dem Vertrag vorsehrieben werden. An Stelle der Kohlen darf auch Holz geliefert werden. Es werden weitere Bestimmungen getroffen, um für Frankreich während zehn Jahre die Vierung von Genoa, Kohlentee, Sulphat und Ammoniak durchzuführen. Die Kommission für die Wiederherstellung hat aber die Vollmacht, diese Bestimmungen entweder zu annullieren oder zu präzisieren, je nachdem die industriellen Bedürfnisse Deutschlands davon ebenfalls benachteiligt werden. Weiter muß Deutschland nach Kohle und Chemikalien inklusive China liefern bis zur Höhe von 50 Prozent des gesamten Vorrates, der sich in Deutschland im Augenblick des Inkrafttretens des Vertrages befindet.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Paris, 7. Mai (Reuters).

Künftig. Der Dreiertrat beschloß, über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Bezüglich der Zukunft von Togo, Kamerun und Namagan werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, so werden die Mandate folgendermaßen verteilt werden: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwestafrika an die südafrikanische Union, die deutschen Samoainseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich des Äquators an Australien mit Ausnahme von Nauru, für das Großbritannien ein Mandat erhält, die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators fallen an Japan.

Die Lebensmittelbestände der Heeresverwaltung.

Zu unserer Notiz in Nr. 215 der „Freiheit“ erhalten wir vom Reichswehrnährungsamt folgende Zuschrift:

Die in Heeres- und Marinekassen vorhandenen Lebensmittel und Futtermittel sind mit Ausnahme derjenigen Mengen, die in aller nächster Zeit dringender für die Heeresverwaltung gebraucht werden, von den zuständigen Reichsstellen übernommen worden. Ihre weitere Verwertung bzw. Verteilung ist planmäßig festzulegen, nicht möglich, derartige Lager sofort oder auf einmal aufzulösen, sie müssen vielmehr, um sie der Allgemeinheit in geordneter Weise zuzuführen, in den allgemeinen Nationalisierungsplan einbezogen werden und kommen dabei entsprechend nach Bedarf zum Absatz. Zur Vermeidung unnötiger Transporte sollen dabei, soweit es die Bedürfnisse an die Interessen der Allgemeinheit zulassen, die in der Nähe der Lager befindlichen Kommunalverbände in erster Linie berücksichtigt werden. Es ist vorzuziehen, daß leicht verderbliche Nahrungsmittel so rechtzeitig zur Vermeidung von Verlusten, daß sie nicht für Nahrungszwecke verloren gehen können. Die Nahrungsmittel in den von der „Freiheit“ angegebenen Mengen haben ergeben, daß an den zuständigen Stellen nicht bekannt ist, daß seit die Lebensmittel aus Heeresbeständen den Reichsstellen zur Verfügung gestellt worden sind, in Frankfurt/Oder über lange Lagerung verdorben seien. In Targ umstände sind allerdings Verluste an Lebensmitteln entstanden, die jedoch den Vorkriegsnachschüssen zur Last fallen. Das Reichswehrnährungsamt ist jederzeit dankbar, wenn ihm einzelne Fälle mit möglichst genauen Angaben über Ort, Menge und Art der Lagerung, deren Verderben befristet wird, genannt werden und wird in jedem derartigen Fall sofort einschreiten, um etwaigen Schäden, die durch ungewöhnliche Lagerung oder verspäteten Abzug entstehen könnten, vorzubeugen.

Diese Zuschrift des R.E.W. ist nur eine Antwort auf die Frage, was das R.E.W. tut, um das Verderben von

Die Sünden der Gesellschaft.

Theater in der Königgräber Straße.

Das Bösen „Sünden der Gesellschaft“ geht im Kostüm ihrer Entstehungszeit gespielt werden, schließt schon eine Kritik dieses Frühwerks in sich, das wegen seiner allzu offensichtlichen Konstruktivität nie zu den stärksten des großen nordischen Dichters gehört hat. Schneller, als man vor zwanzig oder noch vor zehn Jahren dachte, hat ihn die Zeit überholt. Historisch ist er ungeschicklich, und auch dichterisch Meist vieles unergötzlich an ihm, aber bei den „Sünden der Gesellschaft“ ist es doch in allem Gehalt der Lebensdarstellung und der langen Reden nur die tief untergeordnete Tendenz, die ihrer Wirkung stets fähig ist.

So war es auch gestern bei der Revueinszenierung im Theater in der Königgräber Straße, die nach manchen man im Sande verlaufenen Szenen erst bei der Schlussrede ihre Steigerung gewonnen. Der Geist der Freiheit und der Wahrheit steht sich im Konflikt, diesem Delden der Profitsucht der Lüge und der malmigen Moral des Kapitalismus doch nur recht kümmerlich durch und schließt sich wieder nach Kompromiß und Verführung mit Macht und Gewonn. Auch ohne die Idee des Kampfes deutlicher als in den paar Anspielungen der Arbeiter hervortreten zu lassen, kann im rein Persönlichen die innere Läuterung und der Bruch mit der Gemeinheit viel glücklicher und erschütternder zum Ausdruck kommen. Man denke nur an Nikita in Tolstois „Macht der Auferstehung“! Die Aufführung rückt das Bild oft über Gebühr in die gefährliche Nähe des Bessers. Man hätte mit Elfe Lehmanns künstlerisch allen überlegen und noch immer prächtig dramaturgischen Vona Gessel helfen können auszusagen und allen dramatischen Grundrissen und Ueberlieferungen ins Bewußt zu schlagen. In der tündreichen Gesellschaft der Handelsleute hatte der Karthen Vermaß des Herrn Abel zu wenig Würdigkeit; er litt an einem inoffiziellen Uebermaß, das diesem Großkaufmann gar nicht ansteht. Nur halbwegs raffte sich Herr Abel, der in der schleppenden Aufführung vieles noch belohnend gedachte, zu stärkerer Innerlichkeit auf. Ohne die strahlende Wärme und das nicht erliche Wärme der Elfe Lehmann hätte die Aufführung wenig Wirkung gebracht. Von schlimmen Verwerre Herr Schünzel den bedenklichen Diktat Tönniesen zu einer lächerlich verführerischen Filmgure, Herr Cderi beharrte bei seinem Farmer — Norwegen Vn. America her — auf seinem natürlichen, urgemäßen Bionerium, Jenny Warba spielte eine brave deutsche Hausfrau, und auch die meisten anderen existierten und

erzielten rundlich bessere Wirkungen, die mehr dem Publikum, als dem Dichter zugute kamen. Grete Dietz als herbjunge Tina Dorf und Rose Feldkirch als glücklos alterndes Mädchen hielten sich in künstlerisch strengeren Linien. E. B.

Freie Volksbühne.

Die „Freie Volksbühne“ hielt gestern abend im Gewerkschaftsbau ihre Generalversammlung ab. Genosse Dr. Reutepfe hielt einen Vortrag über „Kommunifizierung des Theaters“. Einwands seiner Ausführungen sprach der Redner sein Bedauern darüber aus, daß seit der Revolution so wenig dafür getan worden ist, die Kunst dem Volke zu vermitteln. Die Beispiele, die Wadepet und Wändchen unter der Rätereierung auf diesem Gebiet dadurch gegeben haben, daß sie dem Volke unentgeltlich gute Bühnenkunst vermittelten, zeigen, daß bei gutem Willen viel getan werden kann. Die Sozialisierung der Kunst ist eine dringende Notwendigkeit. Eine Angelegenheit der Gemeinden muß es werden, die Vermittlung wirklicher Kunst zu übernehmen. Ein zu schaffendes Reichsgesetz müßte den Kommunen die Pflicht der Kunstpflege auferlegen. Der Staat hätte Zuschüsse zu leisten. Der Apparat der Volksbühnen kann als musterhaft für die zu schaffenden Kunstgemeinden gelten, die in den Großstädten etwa 100.000 Personen umfassen müßten. Durch künstlerische Ausschüsse ist den Mitgliedern der Kunstgemeinde ein entscheidender Einfluß auf die künstlerische Leitung der Bühnen zu gewähren. Solange die Sozialisierung der Kunst noch nicht durchgeführt ist, hat die Stadt Berlin die Pflicht, die Volksbühnen materiell zu unterstützen.

Eine entsprechende Resolution, die u. a. auch von der Stadt Berlin fordert, der „Freien Volksbühne“ ein städtisches Theater zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen. Der Vorstand soll in einer Denkschrift der Stadt Berlin Vorschläge über die Sozialisierung der Theater überreichen.

Den Geschäftsbericht gab Dr. Conrad Schmidt vor den verstorbenen und ermordeten Förderern der Volksbühne, Franz Rehring, Fritz Eisner und Landauer einen warmen Nachruf widmete. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 80.000. Beschlüsse wurde, den Beitrag für Abendvorstellungen auf 2 M., für Nachmittagsvorstellungen auf 1,50 M. und das Eintrittsgeld auf 1,50 M. zu erhöhen.

Berliner Ausstellung 1919.

Eine der traurigsten Ausstellungen, an die ich mich erinnern kann. Nichtig eine Ausstellung für Berlin W Interessant ist nur eines: die geradezu verblüffende Einseitigkeit aller dieser Kunst- und Bildhauer und Graphiker. Ohne Ueberlieferung: alle herausgestellten Arbeiten — mit Ausnahme vielleicht derer von Louis Corinthe, der eigentlich immer noch als der „richtigste“ Maler in dieser Klasse wirkt — können von einem und denselben Fertigfertiger sein. Ich möchte denken Mäntel „Quelle“ lauten. Eine ungeheure, willenlose Weichlichkeit schaukelte in ewig wiederkehrenden Fratzen auf und ab. Scheinbar sehr „modern“, behält den „Expressionisten“ einige Neugierde an abgefaulter, behält der Dummheit, daß ein Angler dieses Zeug für die neue Kunst annehme! Solch Mensch wäre selbstverständlich entlassen, fortan auch nicht eine Spur vom Wesen der neuen Kunst vorhanden ist. Der große Saal mit seinen dekorativen Wandbildern — man hat etwas läuten hören, aber falsch verstanden — versteht einen in Cassans Panoptikum oder in ein isoliertes Kino. Ein solches Panoptikum für die Berliner Ausstellung! Ich kann diesen „Ewiges Maler“ in der Ausstellung vertreten — sie sollen kaum noch auf — die ebedem etwas verirrten: Wasse, Dedendel, Magnus Jeller, Klaus Richter, Krauskopf — — — ist es mir schon ganz zu Ende? Adolf Behne.

Kunstwerke und Friedensvertrag. In einem Autographen zum Vorkriegs-Friedensvertrag wird verlangt, daß Deutschland als Ersatz für die verlorengegangenen Werte der Bibliothek in Bäumen Manuskripte, alte Druckwerke und Kupferstiche abtreten muß. Deutschland muß weiter an Rußland die jetzt in Berlin befindlichen Kupferstiche die zu dem „Krieg“ die „Anbetung“ von Oberer und von von G. B. hören, von dem sich der Mittelteil in Gent befindet, aber nicht weiterhin die Hügel von dem Kitzgemälde von Dierl. „Das letzte Abendmahl“, von dem sich das Mittelstück jetzt in der „Freiheit“ in Rom befindet.

In der Vorkriegs-Harmonie hielt Herr D. D. D. am Sonntag nachmittags 4 Uhr, im Rahmen der sozialistischen Studienpartei Vorträge von Tolstoi, Werfel und Prant. Für die freie Jugend ermäßigte Karten zu 50 und 75 Pf.

Arbeitsmitteln zu verhindern. Sonst gibt sie vollkommen zu, daß von den immer noch großen Beständen der Oerrestverwaltung nur ein Teil für die Zivilbevölkerung übernommen werden ist. Diese Tatsache aber schafft die Erbitterung in der Zivilbevölkerung. Während für die kriegswichtigen Soldaten Reis, Mehl, Mais und ähnliche wertvolle Nahrungsmittel noch in erheblichen Mengen zur Verfügung stehen, erhalten die Kranken, die Minder und die Weibchen von diesen Nahrungsmitteln seit Jahren nichts. Obwohl davon ihre Wiedergesundung und ihre Entwicklung abhängt.

Der Mord an Lieblucht und Eugenburg.

Der Raum zum Schwurgericht Moabit ist heute durch einen Drahtverbau abgesperrt worden. Die Kontrolle vor den Eingängen ist noch strenger geworden. Der Verhandlungsleiter hat vor der Eröffnung bekannt, daß die Angeklagten nicht mehr mit den Anwälten verkehren dürfen. Die Anwälte seien bei jeder Baule abzuführen. Die Vorgänge am gestrigen Tage, die von uns erzählt worden sind, habe er überleben.

Der Verteidiger verwehrt sich hierauf gegen die Weigerung der Sachverständigenanwachen in der 'Vossischen Zeitung'. Auch die Kritik der 'Freiheit' hält er nicht für angebracht. Er habe Lieblucht jahrelang erkannt und habe deshalb gegen die Ausgabe des Raumes, er sei von Lieblucht und Eugenburg mit dem Revolver bedroht worden, große Bedenken. Keinen seien geladen worden, die den Vorgänge aufhellen würden. Von dem Bruder des Raue ist an den Anklagevertreter ein Schreiben eingegangen. Der Bruder soll als Raue geladen werden.

Es werden nunmehr die Zeugen vernommen, die die Verhaftung Liebluchts und Eugenburgs vorgenommen haben. Der Hauptmann Vahle, der im Eckenhotel den Befehl zum Arrest der Angeklagten gegeben hat. Neben die Vorgänge vor dem Hotel kann Hauptmann Vahle keine Auskunft geben. Er sei dauernd in seinem Zimmer gewesen und habe erst durch Pfostpartisanen und Oberleutnant Vahle die Verhaftung erfahren. Daß der Name Lieblucht bei Verhaftung der Leute auf der Unfallstation verweigert wurde, ist von ihm bestätigt worden. Vahle war bei seiner Verhaftung sehr aufgeregt. Die Verhaftungen wurden von Hauptmann Vahle so gegeben, wie sie der Division gemeldet wurden.

Die Darstellung von dem Raue und bei Lieblucht ist noch nicht aufgestellt worden. Ebenso steht noch nicht fest, ob vor dem Eckenhotel tatsächlich eine große Menschenansammlung war. Die Aussagen der Zeugen widersprechen sich in diesem Punkt. Eine Verhaftung Liebluchts zu tätigen, soll nicht getroffen worden sein. Das befindet vor allem der Hauptmann Vahle. Die Verhaftung der Leute, als der Verhaftung bekannt, soll sich der Polizei des Lin. Vahle gemeldet habe, um zu verhindern, daß Rosa Eugenburg schon durch die Kolonnen vor dem Eckenhotel gehen könnten. Die Angaben sind dem Bericht der Leuten durch O. m. Vahle bekannt gegeben worden. Der Menge soll geladen werden.

Die Vorgänge im Eckenhotel werden weiter erzählt. Die Frau Selger, Stufenmädchen im Eckenhotel, hat deutlich gesagt, wie ein Offizier im Eckenhotel am 15. Januar, gegen 10 Uhr, zu einem Kameraden sagte: 'Die Herren werden im Morgen erwartet, um Lieblucht zu begrüßen. Die Zeugin behauptet auch alle Kreuzfragen dabei, daß diese Worte ganz bestimmt gefallen sind.

Merkwürdige Verhaftung.

Unter diesem Titel wird dem 'Vorwärts' zu dem von uns angeführten Vorfall aus dem Verhaftungs-Prozess von einem Teilnehmer an den Verhandlungen folgendes geschrieben: 'Das Verhalten der Angeklagten und die Verhaftung, die ihnen gewöhnt werden, machen auf den Zuschauer einen verblüffenden Eindruck. Das Sonderbarste ereignete sich gestern nachmittag. Nach Eintritt der Pause verließen die Angeklagten das Eckenhotel, die sie erst mit demungelosten Freidlichkeit umhüllten, und betreten den Verhandlungsraum und die Zuschauerränge, wo sie mit verächtlichen Blicken die Bewunderung der Menge über sich ergehen lassen.

Während dem der Angeklagte einen Streit mit einem Soldaten, der sein Bruder sein soll und den er als Verbrecher und Spionisten bezeichnet. Einem Soldaten verurteilte Strafe, der Handgranate zu entreißen. Der Angeklagte weigert sich, gegen Raue vorzugehen, da dieser keine eigene Bewandlung habe. Die Wahe trug denn auch in Erscheinung, und zwar — gegen einen Beschuldigten, der sich herausnimmt, das Verhalten Raues nicht zu finden. Der Soldat (nicht Raue) wurde energisch zur Rede gestellt.

Selbstverständlich nimmt Herr Raue den Zwischenfall nicht abel. Bei ihm verhandeln sollte, seine Unzurechnungsfähigkeit zu beweisen.

Auf die Empörung des Publikums braucht er auch in Zukunft keine Rücksicht zu nehmen.

Konfusionsfälle.

Der 'Vorwärts' kommt in seiner Nummer vom 7. d. Mts. auf die Vorgänge der letzten Vollversammlung der Groß-Verliner Arbeiter und die von den Mitgliedern der Arbeiterpartei, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, in der Sitzung des Kongresses abgegebene Erklärung zurück. Er glaubt die Arbeiterpartei der U. S. P. D. als Konfusionsfälle bezeichnen zu müssen, die sich von einer kritischen Gemütsaufwallung leiten lassen, und deren hoheliedliche Vermögenheit während des Kongresses den verbrecherischen Teilnehmern über die U. S. P. D. und die Arbeiterpartei herbeigeführt habe. Solche Stimmungen verdienen nicht den Ehrennamen Arbeiterpartei, sondern die Bezeichnung 'Konfusionsfälle'.

Der 'Vorwärts' sollte etwas vorsichtiger sein bei der Beurteilung der Arbeiterpartei, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen. Er hat alle Verhältnisse, die zuhause in seiner Partei aufzuarbeiten zu produzieren und objektiv zu beurteilen. Um was handelt es sich denn? Die Erklärung der U. S. P. D. steht an der Hand des stenographischen Protokolls der Vollversammlung fest, daß 1. sein Antrag auf Ausschluss des Kongresspräsidenten nicht gestellt worden ist, sondern nur ein Protest vorgetragen wurde, 2. daß der Vorsitzende Vahle diesen Protest letztendlich als Antrag auf Ausschluss aus der Versammlung aufnahm hat und 3. wider allen parlamentarischen Brauch und entgegen dem bereits in einer früheren Vollversammlung gefassten Beschluß einen solchen Antrag im Rahmen der Geschäftsordnung erließ hat.

4. daß durch diese unverständliche Geschäftsführung des Kongresses eine Verwirrung in der von circa 1800 Personen besetzten Versammlung entstanden sei und viele sich gar nicht hat waren, auch gar nicht klar sein

konnten, was denn nun eigentlich zur Ablehnung geschickt sein konnten, was denn nun eigentlich zur Ablehnung geschickt sei. Letzteres war ja offensichtlich, da bei der ersten Ablehnung der größte Teil der Anwesenden sich der Stimme enthielt und der Vorsitzende erklären konnte, der Antrag sei abgelehnt.

An dieser Zeitstellung kann der 'Vorwärts' auch nichts ändern, er versucht es trotzdem, indem er behauptet, der Sinn des Protestes verlange den Ausschluss Vahles. Wir lassen nochmals den Protest im Wortlaut folgen:

'Die Aktion der U. S. P. D. legt Protest ein gegen die Anwesenheit des Vol. Präsi. Vahle von Charlottenburg. In der letzten Vollversammlung ist beschlossen worden, daß ein Stadterordneter nicht Mitglied des Kom. U. S. P. D. sein kann. Es geht schon an sich nicht an, daß ein Vol. Präsi. Mitglied eines Kom. U. S. P. D. ist. Außerdem sollen sich noch andere Kom. U. S. P. D. die zu gleicher Zeit Stadterordnete sind, hier anwesend sein.'

Wir überließen es der Öffentlichkeit zu beurteilen, ob das ein Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes ist, aber wie hat der Vorsitzende Vahle diesen Protest erledigt? Nämlich in der Erledigung des ersten Punktes gab er den Protest bekannt. Er unterbrach also kurzerhand die Beratung eines Punktes der Tagesordnung, das ist eine parlamentarisch ganz unbillige Handlung. Erst muß ein Punkt erledigt sein, dann kann ein anderer zur Erledigung gestellt werden. Tonaufnahme der Proteste auch nicht im Rahmen der Geschäftsordnung erledigt werden. Die Vollversammlung hat bei einem ähnlichen Falle entschieden, daß der Angeklagte Gelegenheit haben muß, sich zu rechtfertigen. Anders kann es auch nicht gehen. Wenn der Vorsitzende glaubt, der Protest enthalte einen Antrag auf Ausschluss, dann hat er den Antrag nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung zur Beratung stellen müssen. Die Geschäftsordnung der Vollversammlung schreibt nämlich vor, daß bei Beschluß von Anträgen nur ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag sprechen darf. Dann wird sofort zur Abstimmung geschritten. Daraus ergibt sich schon, daß derartige Anträge nicht im Rahmen der Geschäftsordnung erledigt werden können.

Wir fragen mit Recht: Wo stehen die Konfusionsfälle?

Sirenengefänge der Unternehmer.

Der Vorsitzende des Direktoriums der A. O. G. W. Kommerzialrat Deutsch, sprach Donnerstag nachmittag vor den Angehörigen der Zentralverwaltung der Gewerkschaft über die Sirenen. Gewerkschaften, Sozialisierung usw.) Er wies u. a. darauf hin, daß das Verlangen nach einer sofortigen allgemeinen Sozialisierung Widerstand erwecke und den Erfolg gefährde. Auch im sozialistischen Staat würden die Schornsteine ohne Rauch nicht rauchen können. Die sozialistische Bauwirtschaft werde beim besten Willen eine sozialistische Wirtschaft nicht konkurrenzfähig erhalten können. Die Erfahrungen, welche die Gewerkschaft mit Staats- und kommunalen Betrieben gemacht habe, ermuntern nicht zu neuen Verpeschlichungen. Sozialismus und Kapital seien keine Gegensätze, denn beide verlangen die gleichen Produktionsformeln (?) Gewerkschaft Deutsch ging dann auf die augenblickliche Wirtschaftslage Deutschlands ein und stellte fest, daß wenn die Rohenerzeugung und die Transportverhältnisse sich nicht bessern, ein völliger Zusammenbruch unserer Wirtschaft unvermeidlich sei. Der Arbeiter werde dann trotz der jetzt hohen Lohnsätze hilflos werden. Die Rohstofflage sei sehr bedenklich; es sei noch nicht abgesehen, wann und wieviel hergestellt werden könne. Die von den Angestelltenverbänden aufgestellten Gehaltsstufen würden bei deren Einführung die vollständige Verstaatlichung des Wirtschaftslebens bedeuten. Ein Monopolkönig könne sich nach Auffassung des Gewerkschaftsdeutsch mit dem Gedankenschema F nicht einverstanden erklären. Arbeitslosigkeit als Gewinnanteil zu betrachten. Charakteristisch für die Berliner Industrie sei, daß hier bedeutend höhere Löhne und Gehälter als in Sachsen, Bayern und Westfalen zu zahl werden müßten. Gehe diese Bewegung weiter, muß die Berliner Industrie zugrunde gehen und Tausende von Arbeitern und Angestellten würden hilflos werden. Entweder müßten die Betriebe verstaatlicht oder geschlossen werden. Arbeiter und Unternehmer müßten sich gemeinsam bemühen, geradezu zusammenzuarbeiten.

Der Gewerkschaftsdeutsch nicht zu wissen scheint, daß Sozialisierung nicht Verstaatlichung bedeutet, und daß gerade die Vorschläge der Sozialisierungskommission und anderer ernsthafter Freunde der Sozialisierung die Gefahr der Verstaatlichung vermeiden, ist begreifbar für den Wert seiner Verleumdungen an die Angestellten. Doch sie auf diese großen Eindringlichkeiten machen werden, erscheint uns nicht sehr wahrscheinlich.

Ein blutiger Vorgang.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in dem lippischen Städtchen Salzungen kam es zu blutigen Zwischenfällen. Nach den übereinstimmenden Berichten des 'Vorwärts' und des 'S. Z.' gab der Sohn eines Pastors mehrere Revolververletzungen ab, die einen Arbeiter töteten, andere schwer verletzten. Die Arbeiter Demold und Salzungen hielten zum Protest gegen die Kardinal zum größten Teil die Arbeit niedergelegt.

Diesem Bericht gegenüber behauptet die Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, es sei gerüchweise bekannt geworden, daß die Unabhängigen geschlossen hätten, die Versammlung zu sprengen. Diese Behauptung trägt den Stempel der Lüge; denn dieser tendenziöse Bericht selbst muß zugeben, daß der Redner seinen Vortrag ohne Unterbrechung und fast ohne Zwischenrufe beenden konnte. Danach kann von einer 'Sprengung' der Versammlung keine Rede sein.

Die Tatsache, daß die Opfer der Schießerei ausschließlich Arbeiter sind, sagt in sich schon genug. Sie beweist, wer die Schuld der Mordtat trägt. Sie beweist außerdem, wozu die Bewaffnung des Bürgertums führt. Angesichts dieser Tatsachen bedeutet der Versuch der deutschnationalen Geschäftsstelle, die Schuld auf die Unabhängigen abzumägen, eine bedenkenlose Frechheit.

Der Schwindel-Zeldzug gegen Radel.

Seit einigen Tagen veröffentliche die Schweizer Presse und ihr folgend einige deutsche Propaganda eine angebliche russische Instruktion, wonach Radel seitens der Sowjetregierung nach der Schweiz entsandt werden sollte, um dort eine Revolution zu entfachen. Der Verteidiger Radel, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, hat deshalb im Auftrag seines Mandanten die folgende Mächtigkeitsrede an das Züricher 'Volkrecht' graphisch überandt, aus der sich die Diktionsweise dieser Behauptung ergibt:

'Mein Herr Radel, Sie sind die Aufnahme folgender Erklärung: Die in der 'Gazette de Lausanne' veröffentlichte angebliche russische Instruktion für eine schweizerische Revolution ist purer Schwindel. Schon die Tatsache der Datierung auf Oktober, mitten vor der deutschen Revolution, also als Radel gar nicht die Möglichkeit hatte, nach der Schweiz zu gehen und die russische Regierung andere Sorgen als eine Revolution in der Schweiz hatte, beweist die Falschheit. Radel erklärt politisch, daß ihm niemals irgendwelche schweizerische Mission anvertraut wurde, daß weder die Sowjetregierung noch

die kommunistische Partei Russlands noch führende Genossen diese oder ähnliche oder überhaupt irgendwelche Instruktion für die Schweiz entworfen haben.'

Zusammenschluß der sozialistischen Lehrer.

Aus Mitgliedern der S. P. D., der U. S. P. D. und der A. P. D. hat sich 'Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerrinnen Groß-Berlins' gebildet. Sie rief uns einen Aufruf, den wir des beschränkten Raumes wegen leider nicht ganz abdrucken können, in dem sie alle Kollegen in Stadt und Land auffordert, sich zu gleichartigen Vereinen zusammenzuschließen. Sie beauftragt einen Vertretertag aller sozialistischen Lehrervereinigungen zum 10. Juni nach Berlin, auf dem der Gründung eines allgemeinen sozialistischen Lehrerverbandes vorgegangen werden soll. Auf Wunsch über alle Fragen erteilt Genosse G. W. G. Mann, Berlin NW 5, Vorkstr. 10 11.

Politische Nachrichten.

Der 8. deutsche Friedenskongress findet vom 13. bis 15. Juni in Berlin im Konzerthaus statt. Er geht aus von der Sozialistische Friedenskommission und der deutschen Friedensgesellschaft, welche die vorangegangenen Kongresse in Friedenszeiten veranstaltet hat. Mit der Tagung wird die Hauptversammlung der beiden Organisationen verbunden sein.

Die Entlassung der deutschen Internierten in der Schweiz wünscht der Schweizerische Bundesrat. Die Schweiz hat diesem Ersuchen bisher noch keine Folge gegeben, man glaubt aber, daß die Internierten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Deutschland zurückkehren können.

Der amerikanische Kongress ist von Wilson auf den 10. Mai einberufen worden.

Die chinesische Friedensdelegation hat in Peking telegraphisch ihr Rücktrittsgesuch eingereicht.

Gewerkschaftliches.

An alle Bekleidungs- und Instandsetzungsämter Deutschlands!

Am Montag, den 26. Mai 1919 und folgende Tage, vormittags 9 Uhr, findet in Berlin, Gewerkschaftshaus, Engländer 14/15, der Kongress sämtlicher Bekleidungs- und Instandsetzungsämter statt. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. Nähere Informationen gehen jedem Amt zu.

Tarifbewegung im Photographengewerbe.

Am 28. April hatten die Meister der Zwangsinnung Berlins im Photographengewerbe den Gehilfenauschuss zu einer einleitenden Tarifverhandlung geladen. Mangelhafte Kenntnis der Tarifverhältnisse sowie reaktionäre Ausschüsse seitens der Meisterchaft verhinderten an diesem Tage jede sachliche Verhandlung. Die Prinzipalität lehnte die Verhandlungen mit dem Gehilfenauschuss im Rahmen der Gewerkschaftsvertreter ab und hoffte so die Verhandlungen ins Unabsehbare verschleppen zu können.

An dem am Dienstag angelegten Versammlung der Innungsgewerkschaften versuchte die Meisterchaft ihren Einfluß auf die Gewerkschaft in der Tariffrage geltend zu machen, aber wieder die ständigen, absolut unsachlichen Ausführungen des Obermeisters Tiedemann, noch die sachlichen und — wenigstens für die Prinzipale — auch praktischen Vorschläge des Herrn Eigentümerversprechers, die Anwesenden den bereits geachteten Beschlüssen betreffs des Tarifes abträglich machten. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Resolution, die den Gehilfenauschuss mit der unerschütterlichen Weiterverhandlung des Tarifes im Verfall der Gewerkschaftsvertreter beauftragte, zur Abstimmung gebracht. Als Beschließung wurde rühmlichst der Abschluß der Tariffrage bis 1. April gefordert. Die Verhandlungen müßten bis zum 12. Mai wieder aufgenommen werden. Die Abstimmung ergab 217 Stimmen für, 87 gegen und vier Enthaltungen. Das dürfte beweisen, daß die kämpferischen Anstrengungen der Meisterchaft, die Gehilfen der Innung für ihre Zwecke einzufangen, völlig umsonst waren, und daß die Gehilfenchaft trotz aller Bedenken der Meister ihr Ziel einzig und allein in der gewerkschaftlichen Organisation sieht.

Streik auf den Friedhöfen der Georgen-Gemeinde.

Die auf den Friedhöfen der Georgen-Gemeinde in der Landberger Allee 21-23, am Schindler und in Weihenfele beschäftigten Arbeiter sind am Dienstag in den Streik getreten. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist die Verweigerung des vom Vorsitzenden des Gemeindefiskusrats den Arbeitern versprochenen Lohnes von 2 Mk. bis 2.20 Mk. für die Arbeitsstunde. Dieser Lohn ist auch bereits zur Auszahlung gelangt. In der Vorwoche wurde aber die Weiterzahlung dieses Lohnes verweigert.

Zur Erklärung der Spandauer Druckereiwärter. Am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im 'Sportpalast', Potsdamer Str. 72/72a, eine Vollversammlung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft der Spandauer Staatsbetriebe statt, um gegen die erfolgten Massenentlassungen Stellung zu nehmen. Bei der überaus wichtigen Materie sind von der Verhandlungskommission, die zur Erwirkung der Rücknahme der erfolgten Maßnahmen von der Arbeiterchaft gewählt worden ist, und die aus Mitgliedern des Volkstages und drei Spandauer Vertretern besteht, sämtliche Reichsämter, Behörden, die Fraktionen der Parteien, sowie auch die gesamte Presse eingeladen worden. Es steht zu erwarten, daß, da von der Verhandlungskommission das Ausbleiben neuer Momente angekündigt wird, die event. erneute Prüfung und Stellungnahme der Regierung erforderlich machen wird, der Einladung allerseits Folge geleistet wird.

Zur Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter und Handwerker des Reiches. Nachdem am 6. Mai die Verhandlungen mit dem Reichspostministerium endgültig abgebrochen wurden, traten heute am 8. Mai, vormittags, die streikenden Parteien im Reichspostministerium zusammen um eine Einigung und einen Abbruch in der Lohnbewegung herbeizuführen. Von dem Schiedsgericht, das dann gefasst wird, wird es abhängen, ob eine Einigung möglich ist oder nicht. Schon die nächsten Stunden oder der morgige Tag dürfte die große Spannung, die in den Kreisen der Telegraphenarbeiter sich ausbreitet hat, lösen.

Vollzugsausschuß der Angestellten-Chamäunen. In der Sitzung der Angestellten-Chamäunen der Reichsgruppen 12, 13, 14, 15 gelangte der Antrag eines Mitgliedes der Versammlung auf Zusammenschluß der beteiligten vier Reichsgruppen zu einer Front zu fast einstimmiger Annahme. Durch diesen Zusammenschluß bilden eine Kommission, die der 8. März 1919 einberufenen Vollversammlung die Beschlüsse empfehlen werden, die aus der Mitteilung der Angestellten-Chamäunen aller Reichsgruppen heraus zu einem Vollzugsausschuß der Angestellten der gesamten Berliner Reichsindustrie gewählt werden sollen. Damit ist dem Verband Berliner Reichsindustrie aller die geschlossene Einheitsfront der Angestellten entzogen und sicherer Grund für einheitlichen, solidarisches Vorgehen in den kommenden Verhandlungen und Kämpfen gegeben.

Aus dem Gemeindeleben.

Reichsrichtersagen. Doch es mit den Rechtssozialisten unserer Dries moralisch immer mehr bergab geht, hat die letzte Gemeindevertretung vom 2. Mai klar bewiesen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Wahl des sechsten Schöffen. Dieselbe war seinerzeit infolge Verhinderung einiger unabhängiger Gemeindevertreter zurückgestellt worden. Nach einem Ueberkommen unter den Parteien sollten die Bürgerlichen mit 9 Vertretern drei Schöffen, die Rechtssozialisten mit 7 Vertretern zwei Schöffen und die Unabhängigen mit 5 Vertretern einen Schöffen bekommen. Unsere Genossen hatten nun als ihren Kandidaten den Genossen Nawrocki aufgestellt; die Rechtssozialisten weigerten sich jedoch, diesem ihre Stimme zu geben. Unsere Genossen hielten trotzdem an ihrem Kandidaten fest und begründeten ihren Standpunkt in einer gemeinsamen Aussprache mit den Rechtssozialisten. Nach dem am Schlusse dieser Aussprache von dem Vorsitzenden und Rechtssozialisten Kaderich gemachten Ausführungen, die darin gipfelten, daß die Aussprache dazu dienen möge, eine Verständigung zu gemeinsamer Arbeit herbeizuführen, hatte wohl mancher das Gefühl mitgenommen, daß diese Worte ehlich gemeint seien. Wir sollten jedoch eines anderen belehrt werden. Die Schöffenwahl gab und den Beweis. Ihren eigenen Reden in der gemeinsamen Aussprache zum Hohne hatten die Rechtssozialisten nämlich schon einen heimlichen Rückhandel mit den Bürgerlichen geschlossen. Sie stimmten nicht für unseren Genossen, sondern wählten mit Hilfe der Bürgerlichen einen dritten rechtssozialistischen Schöffen, den Gewerkschaftsangehörigen Schella. Sie erhielten also auf freien Betreuer drei Schöffen, die Unabhängigen auf fünf Vertreter - keinen. Das ist die Demokratie, wie Rechtssozialisten sie aufheben! Die Arbeiterklasse Friedr. Schöngens aber wird wissen, an wem es liegt, wenn nach diesem Verrat von einer "Verständigung zu gemeinsamer Arbeit" nicht mehr die Rede sein kann.

Kawrocki. Die Genossen Kulle und Schferer sind an Stelle der zu Schöffen gemachten Genossen Neumann und Schulz in die Gemeindevertretung eingetreten. Dem Taxifahrerclub mit dem Gemeindearbeiterverband wird zugestimmt. Die einzelnen Deputationen sind der Stärke der Fraktionen entsprechend besetzt worden. Soweit es sich um die Vertretung der geistlichen und der Schuldeputation handelt, wird darauf hingewiesen, daß diese in dieser Deputation nichts zu suchen hätten und daß diesbezügliche Anträge gestellt werden würden.

Altenhof. Als Kreisstadtschlichter wurde August Beck (M. Soz.) und Jabel (Soz.) gewählt. Eingeführt in die Gemeindevertretung wurden die Vertreter Ernst Stropp (M. Soz.) und Maschee (Soz.). Der Bauauschuß erhält die Vollmacht, dringende Bauarbeiten selbständig vergeben zu können. Für Benutzung der Gemeindefriedhöfe sollen die Vereine je 60 M. zahlen. Der Fahrpreis innerhalb des Gemeindegebietes soll herabgesetzt werden und wird der Vertretungsvorschlag beantragt, mit dem Bauauschuß Verhandlungen zu führen. Der Luftfahrtschein wird zugestimmt. Die "kommunale Praxis" soll auf Wunsch aller Vertreter kostenlos geleistet werden. Die neu zu wählende Schuldeputation soll aus 13 Mitgliedern bestehen und zwar aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden, zwei Schöffen, vier Gemeindevereiner und sechs Reichsdeputierten. Es werden gewählt: H. Stropp und Freising (M. Soz.), Lehner, Schmalz (Soz.) und Lehner, Krause (Soz.), Gustav Stripp (Soz.) und Jabel (Soz.) zum Gemeindevorstand, und Fr. Gierke, Tietmann (M. Soz.), Fröhlich, Meine (Soz.) und Dreßler und Franz (Bürgerlich) als Bürgerdeputierte. Überlegt wurde, daß nach Kollerberich in den Schulen hängen. Beschlössen wird, daß die Gemeindevertretung es für die Pflicht von Reich und Staat hält, in ausreichender Weise für die Gefangenen zu sorgen. Den Sicherheitsleuten werden 140 R. wöchentlich zugewilligt.

Groß-Berlin.

Die Wachtparade.

In der Metrop. Postage steht ein etwas verstaubter Schausteller. Darf man da früher einen Groschen hinein, so konnte man die Wachtparade bewundern, die mit Pauken und Trompeten vor das königliche Schloß zog. Und wenn man heute 10 Pfennig opfert? Dann gehen dieselben Soldaten nach derselben Marschmusik vor dasselbe Schloß. Was die Unterdrückung ist anders. Da steht mit unbescholtenem Gesicht in aller Eile hingewandt: "Republikanische Volkswacht". Und der Fahnenträger trägt statt der Kaiserstandarte eine rotüberworfene kleine Fahne.

Das scheint mit ein recht bezeichnendes Bild zu sein. So ist es in Wahrheit mit dem Militarismus in Deutschland gegangen. Eine andere Fahne, ein anderer Name - und fertig ist die Reichswacht, das Volkshier oder wie man es sonst noch nennen will. Im Grunde ist alles beim alten geblieben. Ein neuer Name, aber kein neuer Geist. Dieser militärische Geist ist dem deutschen Volk jahrzehntelang mit allen Mitteln eingeimpft und eingetrichtert.

Die Kinder „Pfeifen“ Soldaten. Es ist das erste Spiel, das sie lernen und sie wissen nicht, mit welchem blutigen Ernst sie spielen. Lehrt sie, wie furchtbar der Krieg ist und wie unwürdig es ist, Soldat zu sein! Dann werden sie aufhören, Soldaten zu spielen und, wenn sie erwachsen sind, sich weigern, Soldaten zu sein. Dann erst ist der Militarismus tot.

Wie lange wird die Erwerbslosenunterstützung gezahlt?

Wir erhalten nachstehende Zusätze:
In der bürgerlichen Presse kann man von Zeit zu Zeit lesen, daß sich die Erwerbslosenzahl von Woche zu Woche verringert. Worauf letzteres beruht, wird jedem klar, der sechs Monate Erwerbslosenunterstützung bezieht. Man bekommt eines Tages eine Karte folgenden Inhalts: In Verfolg Ihres Antrages auf Gewährung von Erwerbslosenunterstützung eruchen wir Sie, sich in unserer Geschäftsstelle Nr. 2 einzufinden. Kommt man dort hin, so wird einem die Eröffnung: "Sie nehmen die Unterstützung schon sehr lange in Anspruch, wir eruchen Sie, sich ernstlich um Arbeit zu bemühen, da die Unterstützung eingestellt wird. Wir machen Sie damit bekannt, damit Ihnen dieses nicht überraschend kommt." Die Gegendärterung, daß man sich beim Arbeitsnachweis, bei Behörden und großen Firmen um Arbeit bemüht hat, jedoch vergeblich, wird zu Protokoll genommen mit dem Zusatz: "Vorgeladener ist ernstlich verwahrt worden, sich um Arbeit zu bemühen, da in nächster Zeit keine Unterstützung eingestellt wird."

Wir können nicht annehmen, daß es sich um eine allgemeine Anweisung handelt. Es wird doch jetzt vielen Arbeitern so gehen, daß sie trotz aller Bemühungen keine für sie geeignete und einigermaßen ausreichend entlohnte Arbeit finden können. Uns ist auch nicht bekannt, daß für die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung eine Zeitgrenze vorgeschrieben ist. Die Arbeiter, die von diesen Vorlesungen betroffen werden, glauben, daß es sich um einen indirekten Zwang in die Freiwilligenkorps handelt. Eine öffentliche Aufklärung wäre daher dringend erforderlich.

Verband der Wahlvereine U. S. P. D.

Am Dienstag, den 13. Mai, finden in Groß-Berlin Versammlungen über die Friedensbedingungen statt. Die größeren Säle sind leider von verschiedenen Vereinen besetzt. Wir eruchen die Vereine, zugunsten der Partei zurückzutreten, um eine größere Teilnahme zu ermöglichen.

Unzuverlässige Zeugenäussagen.

Am 3. März wurde am Rosenhaler Platz ein Regimentsoldat von einer Menschenmenge mißhandelt und dann von einem Zivilisten niedergeschossen. Dessen Mordtat beobachtete u. a. auch eine Frau Ungleich, die in dem Täter einen in ihrem Haus wohnenden jungen Mann erkannt haben wollte, der darauf verhaftet wurde. Während der Voruntersuchung konnte dieser aber nachweisen, daß er nicht für die Tat in Frage kommen kann. Frau Ungleich nahm daraufhin den Verdacht zurück und beschuldigte nun den Leutnant Paul Glomba, den Soldaten erschossen zu haben. Glomba mußte sich gefälligst wegen Mordes vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I verantworten. In der Voruntersuchung wurden 12 Zeugen vernommen. Die Frau Ungleich gab an, den Angeklagten nur an dem braunen Paletot wiederzuerkennen. Auf das Gesicht des Täters, der aus dem Koffer Trepp herauskommen war, kann sie sich nicht mehr besinnen. Der Richter des Kaiser-Treff sagte aus, er habe an dem betreffenden Vormittag das Lokal geflohen gehalten, es sei also unmöglich, daß jemand herausgekommen ist in Leinwand. Eine Zeugin bezeugte, während der fraglichen Zeit mit dem Angeklagten zusammengehört zu sein. Festgestellt wurde auch, daß es dem B. durch die Körperverletzungsmahnahmen kaum möglich gewesen ist, von seiner im Norden gelegenen Wohnung am 3. März nach dem Rosenhaler Platz zu kommen. Der Zeuge W. schildert den Täter als einen mit einer Koppe befeideten Mann, der mit dem Angeklagten keine Ähnlichkeit hat, während ein anderer Zeuge annimmt, daß der Täter einen Regenmantel getragen habe.

Es fehlen also fast alle Zeugen mit ihren Aussagen im Gegensatz zueinander. Trotz dieser ungeklärten Sachlage hielt der Vertreter der Anklage Glomba des Mordes für schuldig und beantragte 10 Jahre Zuchthaus. Die Verteidiger Dr. Wöhrlin und Dr. Cohn hielten die Freisprechung für geboten.

Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung.

Lichtenbergs Mieter gegen die preussische Regierung.

Mittwoch abend nahm eine vom "Mieterbund Groß-Berlin" nach der Cecilia-Halle in Lichtenberg einberufene Mieterversammlung nachfolgende Resolution an:

Die überaus zahlreich besuchte Versammlung Lichtenberger Wohnungsmieter aller Parteien vom 7. Mai 1919 in der Aula des Cecilia-Theaters stellt an die Gemeindebehörde die dringende Aufforderung, dafür zu sorgen, daß Lichtenberg ohne jeden Rückschlag zum Kostandsbezirk gemäß § 6 der Mieterschutzverordnung vom 28. September 1918 erklärt wird. Die Versammlung eruchen die Gemeindevorsteher aller Parteien, jede Verzögerung der Durchführung dieser Forderung energisch zu verhindern.

Zu dem Leichensund im Liegenser wird mitgeteilt: Die Obduktion der Leiche bestätigte die Annahme, daß der tote Körper der unbekanntem Frau erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen hat. Er kann höchstens einen oder zwei Tage nach Eintritt des Todes hineingeworfen worden sein. Zur Bestimmung der Persönlichkeit ist es also wichtig, daß alle diejenigen, die seit Sonnabend oder Sonntag eine Frau von etwa 20 bis 30 Jahren vermissen, sich unverzüglich bei der Charlottenburger Kriminalpolizei melden. Unter den Zeitungen des Pafets befindet sich auch eine "Neue Zeit". Hieraus ist zu schließen, daß die Tat in Charlottenburg verübt worden ist. Die Getötete kann aber auch von anderswo herdort gekommen sein, um eine gewisse "Hilfe" in Anspruch zu nehmen.

Die Juderfährungen stehen noch immer in voller Blüte. Am Donnerstag erregte in der Lindenstraße wieder eine verdächtige Töbung die Aufmerksamkeit des Publikums. Vor einem Hause, in dem sich eine Bondonfaherei befindet, kam ein Bogen vorgefahren, der schwere Säcke ablad. Man machte die Polizei auf-

merksam und die fand in der Kucherei 10 East Juder, die bei Fußwerk gebracht hatte. Sie wurden beschlagnahmt und in den Eigentümer im Zimmer 92 a des Polizeipräsidiums übergeführt. Der Inhaber der Bondonfabrik behauptet, daß er den Juder von einem unbekanntem Mann gekauft habe. Die Tat ist J. F. 1-10 gezeichnet.

Bei den Kreiswahlwahlen in Blankenfelde (Niederberren) erhielten U. S. P. D. 150, S. P. D. 18, Deutschnationale 82, Rechte partei 80 Stimmen.

Alt-Ostende. Die hiesige Arbeiter-Samaritaner Kolonne beginnt am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, einen Lehrcursus im Lokal von Bah. Köpenicker Straße 45. Gäste haben einmal freien Zutritt.

Int. Bund d. Kriegsbef. und Hinterbliebenen, Ostpreußen-Reinickendorf-West. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Otto Marks, Reinickendorf, Schmarweberstraße 67, Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Gäste willkommen. Sprechzeit in der Kasse. Beschäftigten- und Hinterbliebenenfragen: Montag und Donnerstag von 5-8 Uhr. Steffen, Antonienstraße 10a.

Aus den Organisationen.

U. S. P. Charlottenburg. Heute abend, 7 Uhr, in der Kasse bei Hindenburgschule, Guedelstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den kommunalen Arbeitsräten. 2. Resolutionsbericht vom 4. Quartal. - 3. Verschiedenes.

Wittenau. Heute abend, 7 1/2 Uhr, kombinierte Mitgliederversammlung in Vorligwalde, Ziegstraße, Schulaula: Arbeitsrätenwahl. Treffpunkt 1. und 2. Bezirk bei Albert Schulz, 1. Bezirk bei T. Rohde. Jedes Mitglied hat bestimmt zu erscheinen. Die Beschlüsse.

Freie Jugend, Gruppe Wedding I. Freitag abend 7 Uhr in Heim, Seestr. 70, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Freie Jugend Groß-Berlin. Sonnabend, 7 Uhr, in der Kasse, Kottb. 13, Diskussionsabend. Fortsetzung der Diskussion vom 26. 4. - Um 8 Uhr Vorstandssitzung.

Spiel und Sport.

Rückische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Luchenswalde gegen Pichlerberg in Luchenswalde; Alt-Ostende - Jeshofen in Alt-Ostende, Rudowstraße; Wle-shof - Neuenhagen in Alt-Ostende, Köpenicker Straße; Charlottenburg - Fichte XVII in Charlottenburg, Reppelstraße (vorher Reichshausplatz Wettkämpfe).

Die Freie Turnerschaft Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, den 11. Mai, auf dem Union-Sportplatz, Reppelstraße, ihr jährliches Anturnen. Leichtathletische Wettkämpfe. Faust- und Fußballwettkämpfe mit Beteiligung von "Fichte 17", Freunde und Förderer der Arbeiterbewegung werden um recht zahlreichen Besuch gebeten.

Arbeiterturnverein Weltheim. Am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, eröffnet der Verein seinen Commertium- und Sportplatz auf dem Ronnhofgelände, Weltheim, Rennbahnstraße, mit dem Anturnen der Schüler und Schülerinnen.

Arbeiter-Radsportverein Groß-Berlin. Sonntag früh 7 Uhr Streifzüge durch den "Gärten". Nachmittags 2 Uhr Räderrennen (Schweizergarten), Start Mariannenplatz.

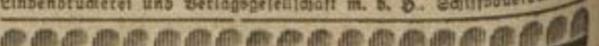
Arbeiter-Radsportbund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 11. Mai: 3. Abt.: Frühstour nach Scharnau, "Richter", Start 7 Uhr. Nachmittags nach Radnower Schiefe, Start 12 Uhr. 4. Abt.: Frühstour nach Rübendorf, "Schwan", Start 7 Uhr. Nachmittags nach Rübendorf-Süd, "Sonnenschein", Start 14 Uhr. Heberwiese, Ecke Frankfurter Allee. 5. Abt.: Frühstour nach Rübendorf, "Sonnenschein", Start 8 Uhr und 1 Uhr. Nachmittags nach Rübendorf, "Sonnenschein", Start 7 Uhr und 12 Uhr. Gerichstr. 71 und Oberberger Str. 25. 6. Abt.: Frühstour nach Rübendorf, "Sonnenschein", Start 7 Uhr. Nachmittags nach Rübendorf, "Sonnenschein", Start 1 Uhr, Grasmustr. 2. Räderrennen. Touren stellt Otto Hahnel, Rübendorf, Pichlerberg Str. 11.

Arbeiter-Radsportbund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 11. Mai: Frühstour durch den "Gärten". Start: mittags 2 Uhr bei Biemer, Pflanzstr. 38. Gäste willkommen.

Turnverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag veranstaltet die Ortsgruppe ein Rollenfest im eigenen Parkheim, Reihenshof, bei Hennigsdorf. Beginn 9 Uhr nachmittags. Eintritt wird nicht erhoben.

Schwimmverein „Welle“, Freitag, 7 Uhr, Mühlstr. 38, außerordentliche Generalversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Rübendorf. Verlagsgesellschaft "Freiheit", s. G. m. b. H., Berlin. - Druck bei Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 13.



Goeben erschien:

Die freie Welt

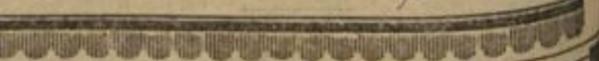
Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Hest 2

In dieser Nummer beginnt der Roman

Der Teufel Leo Tolstoj

Zahlreiche Bilder der Malfeln - Klegdgreuel im Jahre 20 Pf. Abonnement Mai/Juni M. 1.60



Bekanntmachung.

Auf Grund der § 26 der Verordnung betr. die Demerswahl vom 17. Februar 1919 hat die Neuwahl eines Bürgermeisters von Zella-Mehlitz am 1. Juni 1919 um 7. 19 bis 30. 6. 1922 zu erfolgen. Das Jahresgehalt beträgt 2000 Mk. Bewerbungen sind bis zum 10. Mai d. J. an den Unterzeichneten einzureichen. Zella-Mehlitz, den 6. Mai 1919. Der Stadtverord.-Vorsteher Schmidt.

Unabhängige sozialdemokr. Tageszeitung

ucht zum 1. Juni einen mit dem gesamten Redaktionswesen gut vertrauten und eingearbeiteten

Redakteur

zur Bearbeitung des lokalen, kommunalen und gewerkschaftlichen Teiles.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 20. Mai an den Vorsitzenden der Preis-Kommission, Hermann Henker, Döhlen, Bezirk Dresden, Schiller-Strasse 98, H., zu richten.

Verlag der unabhängigen Volkszeitung Dresden.

„Klassenkampf“

Ah heute erscheint in dem Bezirk „Nordwestdeutschland“ eine Tageszeitung: „Klassenkampf“. Ferner gelangen in unsern Verlag zur Ausgabe folgende Broschüren: I. Die Entwicklung d. Sozialismus v. Utopiez. Wissenschaft. Von Karl Rodik. II. Das Programm der Kommunisten. Von N. Bucharia. Mit ausführlichem Vorwort und Erläuterungen von Strubahn. III. Die Rate-Verlassung. Zu beziehen vom Verlag: „Klassenkampf“, Kastritzen 1. Oldes, Hakenstraße 19.

Hohen-Neuendorf.

Die Expedition für Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Horgsdorf, Bergleide u. Stolpe befindet sich gegenwärtig bei

Max Großmann, Hohen-Neuendorf, Schönfließer Straße 6.

Wir bitten alle unsere Abonnenten nunmehr sich an diese Adresse zu wenden. Verlag „Freiheit“ E. G. m. b. H.

2 Frauen

zum Antragen der „Freiheit“ verl. Radde, Hohen-Schönfließer, Berliner Str. 92.

Verband der Tapezierer

Gillale Berlin.

Am Sonntag, den 11. Mai 1919, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14 15 (Großer Saal)

Mitgliederversammlung

mit dem Thema: 1. Unsere Tarifforderungen. 2. Bestellung der Kandidaten zum Verbandstag und zum Gewerkschaftstages.

Erspricht in Koffex. Die Ortsverwaltung der Tapezierer, Gillale Berlin.

Kreuzberger Harmonie

Am 5. Mai starb nach langem Krankenlager unser altes treues Mitglied Gustav Röhmann. Saha Wirken für den Verein sichert ihm dauernd ein ehrendes Andenken. Der Vorstand. Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. vorge 10 Uhr, im Krematorium, Gerichstr., statt.

Gutgehendes Restaurant

zu verkaufen. Adlershof, Bismarckstraße 7A.

Großen Eistoff

haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“.

U. S. P. D. Schöneberg

Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, in städtischen Räume der Schöneberg, Haupt-Strasse 113

Frühlingsfeier

Mitwirkende: 20 Mann starke Konzertkapelle / Axel Gröner, Vortrags-Soubrette / Hans Köhl, moderner Humorist / Ernst u. Ursula Neß-Vorpaß, Lieder von Lantz / Arbeiter-Gesang-, -Tanz-, u. Radfahrvereine

Im großen Saal TANZ

Eintritt frei (Einsamkeit u. L., Ende der 1. Jahrg. u. - M. Karten sind in allen durch Plakatausgang kenntlichen Geschäften sowie an der Kasse erhältlich. Um zahlreichen Besuch bittet. Der Bildungsausschuß

Abwasserpumpen.

Pflegepumpen zum Selbstausstellen, billigst Döring, Seydelstraße 7.

3 zuverlässige Botenfrauen

zur Austrage der Posten für sofort gesucht, Mühlentor-Schiffbauerdamm 13.

inserate

für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm., bei der Expedition Schiffbauerdamm 13 aufgegeben sein.